

Die freie Stadt der Zukunft, nicht als Alternative, sondern als unbedingtes Modell. Stadtbewohner*innen, die ihre Anliegen selbst in die Hand nehmen. Niels Boeing, Journalist und Aktivist im Hamburger Netzwerk Recht auf Stadt, fordert eine Stadt, die ihren Bewohner*innen gehört. Gemeinsam mit ihm und seiner Partnerin Dorothee Wolter – beide engagieren sich zurzeit in der Hamburger Initiative WOHL oder ÜBEL – sitzt stadtförmig bei Spritzer und Zigarette nachmittags im Kaffeehaus und philosophiert über den Kampf um die Stadt.

KAMPF UM DIE STADT

von DANIELA KRENN

»Sag doch bitte Du«, sagt Niels. Gerade laufen in Hamburg die Vorbereitungen für den G20-Gipfel. »Das ist im Moment das große Thema, das alles überlagert in Hamburg«, sagt Niels. Heiß diskutiert wird dort, welche Art von Protest angemessen ist. Wie radikal soll er sein, wie spielerisch kann er sein? »Revolutionen müssen Bestehendes aufbrechen, aber sie brauchen vor allem Fröhlichkeit, ein lachendes Herz«, sagt Dorothee.

Die Forderung des Hamburger Netzwerks lautet: »Recht auf Stadt«. Recht auf Stadt – was bedeutet das?

NIELS: Dass alle das Recht haben, Teil der Stadt zu sein. Alle sollen das Recht haben, die Stadt zu verändern. Stadt muss dabei als Gemeinwesen verstanden werden. Faktisch ist es aber so, dass die Stadt uns heute als bürokratisches Wesen gegenüber steht.

DOROTHEE: Ein wichtiges Thema ist für uns: Wie sprechen wir möglichst viele Leute an? Wenn man was

verändern will, müssen möglichst viele beteiligt sein. Das Recht auf Stadt heißt also mehr, als gegen Gentrifizierung zu sein. Es ist nicht ausschließend, sondern schließt alle Stadtbewohner ein – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status.

NIELS: Stadt ist der Ort, das Gewebe, wo heute die meisten Menschen leben. Das Besondere an der Stadt war immer schon, dass sie heterogen war, ein Schmelztiegel, wenn man so will. Menschen, die in die Stadt gehen, ha-

ben Erwartungen. Hier treffen sie neue Leute, hier ist was los. Hier hat jeder das Recht, sich neu zu erfinden.

Warum braucht es die Forderung nach dem Recht auf Stadt?

NIELS: Es ist kein Zufall, dass diese städtische Protestbewegung gerade 2009 in Gang gekommen ist. Nach der Finanzkrise, auch wenn man sie nicht überall gleich gespürt hat, wurde der Aufschrei gegen die fortschreitenden Privatisierungen laut. In Hamburg war

zuvor der soziale Wohnbau gestoppt, war viel privatisiert worden. An der Reeperbahn wurde zum Beispiel der Spielbudenplatz privatisiert, da wurden in große Bühnenaufbauten Wassersprenkler montiert, damit Obdachlose nicht mehr dort liegen können.

DOROTHEE: Hamburg hat sein Tafelsilber verscherbelt und dabei die Verantwortung abgegeben.

NIELS: In Spanien waren die Proteste stärker. Die Bewegungen haben es dort geschafft, ihre Leute bis ins Bürger-

meisteramt zu bringen, zum Beispiel in Madrid und in Barcelona. Die machen zwar jetzt eine fortschrittlichere Politik, aber natürlich sind ihnen doch irgendwie die Hände gebunden. Die Frage ist eben auch, kann man die Revolution auf parlamentarischem Weg erreichen? Ich glaube nicht.

Es ist ein Kampf, den man führen muss und nicht einfach nur soll, um ein geliebtes Stadtviertel zu retten, schreibst du ...

NIELS: Ja, denn es geht um mehr, als die Ungerechtigkeit am Mietwohnungsmarkt zu verhindern. Es geht um das Big Picture. Wir leben in einer historischen Verstädterung, die nicht rückgängig zu machen ist. Jetzt kannst du natürlich aus einer Zehn-Millionen-Einwohner-Stadt nicht einfach ein Ökodorf machen. Nein, es geht um eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft, in der die Werte der französischen Revolution zum ersten Mal überhaupt eingelöst werden. Der Sozialstaat und die Sozialpartnerschaft wurden jetzt ein paar Jahrzehnte von allen gesellschaftlichen Akteuren mitgetragen und im Neoliberalismus seit den Achtzigern zunehmend infrage gestellt. Heute sehen wir, dass es nicht allen einigermaßen gleich gut geht. Wir müssen daher weiter denken, was ist möglich? Eine freiere, gleichere Gesellschaft, die wird es vielleicht nicht so schnell werden, aber möglich ist sie.

DOROTHEE: Wir müssen in Möglichkeiten denken, und dann sehen wir, wer macht welche Möglichkeit so stark, dass sie sich durchsetzt.

»Die Leute haben das Gefühl, die Parteien haben sich den Staat unter den Nagel gerissen.«

»metro, boulot, bistro, megot, dodo, zero« (zu deutsch: U-Bahn, Maloche, Kneipe, Zigarette, Schlafen, null). Und wieder von vorne. Es ist ein berühmter Ausspruch des Poeten Pierre Béarn. Menschen, die im Kapitalismus-Hamsterrad stecken. Du kritisierst den Kapitalismus in deinem Buch stark ...

DOROTHEE: Solange Menschen am Wirtschaftsleben teilnehmen können, läuft der Laden einigermaßen. Henry Ford etwa hat seinen Angestellten mehr Geld gegeben, damit auch sie sich ein Auto leisten konnten. Nur spätestens 2009 hat man gesehen, dass der Kapitalismus an die Wand gefahren wurde. Jetzt versucht man mit allen Tricks, den Status Quo aufrecht zu erhalten. Dazu zieht man das Geld von den Sozialgeldern ab, aber das Kapitalismusmonster will eben weiter fressen. Dafür gibt es weniger Geld für Sozialwohnungen oder Kultur. Der Kapitalismus frisst seine eigene Substanz, alles wird verproduktet. Es gibt jetzt Flowersitter, wenn du auf Urlaub fährst. Früher waren das Nachbarschaftsdienste.

NIELS: Oder Airbnb. Jeder Mensch denkt so produktförmig wie möglich. Ich will niemanden anprangern, der das macht. Die Leute müssen ihren Arsch retten, wenn Mieten immer teurer werden. Aber es bekämpft eben nicht die Ursache. Was wäre aber, wenn Wohnen ein Recht wäre? Solange Wohnraum handelbar bleibt, eingekauft und wieder teurer verkauft wird, solange dreht sich die Spirale immer weiter nach oben. Keine Stadtregierung hat je etwas dagegen gemacht.

DOROTHEE: Ich finde ja, der größte Umbruch wäre, wenn Privateigentum unmoralisch würde.

Alles ist kapitalistisch. Das Auto, das Internet, Straßenfeste und schlicht wohnen. Aber: »Alle Systeme haben ein Leben. Sie bestehen nicht ewig«, sagt der amerikanische Soziologe

Immanuel Wallerstein, den du in deinem Buch zitierst. Was, glaubt ihr, kommt nach dem Kapitalismus?

NIELS: Die Antwort darauf wäre wohl sehr philosophisch. Wir bräuchten sicher noch 300 Jahre, um festzustellen, dass wir nicht mehr im Kapitalismus leben. Denn nichts endet abrupt. Dass der Kapitalismus auf einen Schlag umgewandelt wird, ist unwahrscheinlich. Aber es gibt Experimente, die bereits etwas anderes versuchen, das Mietshausyndikat zum Beispiel. Es sorgt dafür, dass ein Wohnhaus vom Markt genommen wird und nicht mehr verkauft werden kann. Dadurch profitiert niemand von einer möglichen Wertsteigerung und Mieter können, solange sie wollen, zum gleichen Preis wohnen. Die Mieter selbst sind Teil der Gemeinschaft.

Oder Urban Gardening, da werden gemeinsam Lebensmittel produziert, aber nicht mit dem Ziel, sie später am Markt zu verkaufen. Das gemeinsam Produzierte wird selbst konsumiert oder verschenkt. Das Verschenken hat eine eigene Logik, das passt nicht zum Kapitalismus. Am Markt gibt es nichts geschenkt. Man muss ein Wirtschaften entwickeln, das auf Weitergeben und nicht auf Geld basiert.

»Nehmen wir uns das Recht auf Stadt! Es liegt auf der Straße, es hängt an den Bäumen, es versteckt sich unter den Pflastersteinen.« Das ist ein Spruch von Nicole Vrenegor, Politologin und Journalistin und ebenfalls aktiv im Netzwerk Recht auf Stadt. Wie definiert sie Stadt und heißt Recht auf Stadt, es sich notfalls gewaltsam zu nehmen?

NIELS: Gewalt ist die schlechteste Waffe, die man anwenden kann. Es gibt einen klugen Ausspruch von Gene Sharp, einem US-Widerstandsforscher. Er sagt, den Staat oder eine Diktatur militärisch anzugreifen, bedeutet, sie da anzugreifen, wo sie am Stärksten

ist. Das ist nur in wenigen Ausnahmesituationen unumgänglich. Unsere Waffen sollten Phantasie und Ungehorsam sein.

DOROTHEE: Wie Till Eulenspiegel – es geht darum, die Dinge auszureizen und dabei freundlich zu bleiben.

»Eine öffentliche Planauslegung im Rathaus, das wird dann als Beteiligung abgetan. Aber das ist Augenauswischerei, das ist doch keine Beteiligung.«

Das vorherrschende Gefühl der Stadtbewohner*innen, sie könnten mitreden bei Stadt und Stadtgestaltung, sei nur vorgegaukelt, schreibst du, und hätte nichts mit Demokratie zu tun. Wir wählen eine Oligarchie, die für uns vier oder fünf Jahre Entscheidungen trifft. Verändert sich da nicht gerade etwas? Bürger*innenbefragungen und -initiativen zeichnen doch immer stärker auch während der Legislaturperiode mit.

NIELS: Die Beteiligung ist noch viel zu schwach. Gesetzlich wird Beteiligung ja sogar vorgeschrieben, aber dabei wird nicht ausgeführt, was das eigentlich heißt. Eine öffentliche Planauslegung im Rathaus, das wird dann als Beteiligung angeboten. Aber das ist Augenwischerei, das ist doch keine Beteiligung. Menschen müssen an substanzieller Stelle mitreden und nicht von der Richtigkeit einer neuen Planung überzeugt werden. Stadtplanung fängt bei den Bewohnern an und nicht so, dass man sie später dazu ruft. Vor allem für große Flächen sollte das so stattfinden müssen.

DOROTHEE: Unser Vorschlag wäre: zuerst die Bewohner nach dem Be-

**ZWEI BEISPIELE FÜR
EINE SELBSTVERWALTENDE STADT:**

1. Consejos comunales, Venezuela:

Seit 2000 arrangieren sich Nachbarschaften mit bis zu 400 Familien selbst. Dazu gibt es einen Räterat und Komitees für die Themen Wohnen, Bildung, Trinkwasserversorgung und auch Sport, Kultur oder soziale Gerechtigkeit. In Nachbarschaftsversammlungen werden diese Themen besprochen und abgestimmt. Ein Finanzkomitee kümmert sich um die Beschaffung der Gelder, mit denen zum Beispiel Gesundheitsstationen gebaut werden. Ein Kontrollkomitee kümmert sich um die ordentliche Ausführung der besprochenen Umsetzungspläne und darum, dass sich niemand unberechtigt bereichert. Die Mitglieder der Komitees sind für zwei Jahre bestimmt und können jederzeit abgewählt werden. Und – es funktioniert.

2. El Alto, Bolivien:

800.000 Menschen wohnen dort und verwalten sich in hunderten Stadtteilen selbst. Die Ayllu-Tradition sieht das Land als gemeinschaftliches Eigentum. Die einzelnen Parzellen gehören zwar den Bewohner*innenn, aber sie können nicht wie am freien Immobilienmarkt verkauft werden. Die Nachbarschaftsvereinigung entscheidet, ob sie weitergegeben werden können. Staatliche Versuche sich El Alto anzueignen oder unter Kontrolle zu bringen, wiesen die Bewohner*innen mit Blockaden ab.

darf zu befragen. Dann Ideen sammeln. Dann ein Konzept entwerfen und schließlich einen Investor finden. Die Aufgabe der Stadt wäre die eines Scouts. Sie sollte den Bewohnern das Gefühl geben, dass sie sich für etwas einsetzen und nicht später dagegen kämpfen müssen, wenn es ihnen nicht gefällt. Warum macht die Stadt das nicht schon längst?

NIELS: Da haben wir es wieder, die Stadtverwaltung sieht sich nicht als Teil der Bewohner, sondern als getrennter Akteur, der den Bewohnern gegenüber steht. Was ich nicht verstehe, denn in der Verwaltung sitzen ja auch Bewohner der Stadt! Aber in dem Moment, wo die in der Verwaltung sitzen...

Du schreibst, die freie Stadt sei nur möglich, wenn der Parlamentarismus ein Ende findet. Viele würden jetzt sagen, die Demokratie, in der wir leben,

ist die freieste Form von Staat, die es gibt. Ist es in euren Augen wohl nicht ...

NIELS: An einem gewissen Punkt der Geschichte war der Parlamentarismus sicher nicht verkehrt. Wir haben dieses Modell jetzt seit etwa 70 Jahren, und nun nimmt der Verdross zu, weil de facto Parteien das System dominieren. Wenn ich nicht in einer Partei bin, dann habe ich keinen Zutritt. Die Leute haben das Gefühl, die Parteien haben sich den Staat unter den Nagel gerissen.

»Wir müssen in Möglichkeiten denken, und dann sehen wir, wer macht welche Möglichkeit so stark, dass sie sich durchsetzt.«

Viele Revolutionen wurden durch ein Räteystem angeführt. »Der Rätegedanke ist uralte. Räte sind nichts anderes als die Vereinigung Gleichgesinnter zur Beratung ihrer gemeinsamen Interessen«, schrieb Erich Mühsam bereits 1930. Ist das Räteystem auch für die spätere Selbstverwaltung nach der Revolution noch sinnvoll?

NIELS: Wenn wir realistisch sind, müssen wir über ein Übergangssystem nachdenken. Ein Hybridsystem: In jedem Stadtteil gibt es Versammlungen, in denen Themen diskutiert werden. Dann werden Delegierte entsendet und die bilden dann so etwas wie die zweite Kammer zur Stadtregierung. Es geht um eine Interessenvertretung, um einen politischen Diskurs, an dem möglichst viele teilnehmen können, ohne Hürde. Wir befinden uns auf jeden Fall in einer Zeit, in der wir wieder über Demokratie nachdenken müssen. Aber nicht wie in der Schweiz: Da gibt es zwar Referenden, aber die Bevölkerung kann nur mit ja oder nein stimmen, nicht aber mit eigenen Ideen oder Alternativen. Das Schweizer Referendum gegen Zuwanderung 2014 oder der Brexit sind Beispiele dafür, wie verheerend simple Ja-oder-Nein-Fragen ausgehen können. Da passieren dann launische Tagesentscheidungen. Wer weiß, wie der Brexit ausgegangen wäre, hätte man die Abstimmung drei Wochen später durchgeführt.

In deinem Buch schreibst du, dass die Multitude die Arbeiterklasse abgelöst hat. Wenn ich dich richtig verstanden habe, ist die Multitude aber im Gegensatz zur Arbeiterklasse keine sich ihrer Homogenität bewusste Gruppe. Multitude ist die Vielfalt der Menge. Wie wird uns das bewusst, was kann das identitätsstiftend sein und wie sehen die Ziele aus, auf die wir uns einigen können oder sollten?

NIELS: Es geht nicht um Identität,

sondern um eine gemeinsame Schnittmenge. Identität bedeutet auch immer, dass irgendwer nicht dazu gehört. Bei der Multitude wird keine Grenze gezogen, jeder ist Teil einer Gesellschaft. Es muss aber nicht jeder das Gleiche denken, so sind Menschen einfach nicht. Die Multitude ist plural, sie erkennt die Unterschiede an.

Du schreibst, all die Gedanken an Selbstverwaltung und Räteysteme sind am Ende nichts wert, wenn man nicht das Privateigentum an Grund und Boden in Frage stellt. Wem soll er gehören und wer soll das entscheiden?

NIELS: Er sollte allen gehören. Irgendwann ist der Grund und Boden aber in Privatgrund übergegangen, in der Hochzeit der Privatisierung hat London sogar seine Wasserwerke verkauft, weil sie nicht effizient genug waren. Aber der Investor RWE hat sie entgegen seinen Zusagen nie modernisiert. So läuft das eben nicht.

Aus dem Ostblock-Kommunismus lernen wir wiederum, dass staatlicher Grund und Boden auch nicht die Lösung ist. Jetzt diskutieren wir mit den Commons, dem Gemeineigentum, einen dritten Anlauf. Vielleicht werden wir in vielen Jahren feststellen, dass Gemeineigentum auch noch nicht die Lösung ist. Aber ausprobieren sollten wir es unbedingt.

DOROTHEE: Es gibt ein lustiges Zitat aus der Raumfahrt. Da schaut der Astronaut auf die Welt und sagt: 'Diesen kleinen, blauen Planeten, den teilen wir uns doch.' Städte kannst du vom Weltall aus sehen, Staaten nicht. Der moderne Nationalstaat ist eine Erfindung des vorletzten Jahrhunderts, die Stadt ist als Gebilde viel älter. Raumfahrt macht links.

In Wien sind in den letzten Jahren die Mieten um 40 Prozent gestiegen. Bauunternehmen setzen jetzt auf SMART-Wohnen, wie sie es nennen, auf kleine Miniwohnungen, die mit aufklappbaren Betten und Küchen hinter Schränken werben. Ist das nicht genau die Entwicklung, gegen die ihr kämpft?

DOROTHEE: Es kommt weniger auf die Quadratmeteranzahl als auf den nutzbaren Raum an. Wenn es Gemeinschaftsräume gibt zum Beispiel – es muss Räume geben, in denen du nicht privat sein musst. Es muss eine gewisse Öffentlichkeit geben und nicht nur das Wohnen.

NIELS: Diese Neubausiedlungen von heute, wie hier in Wien auf dem Gelände des ehemaligen Nordbahnhofs, die erinnern mich an die Großsiedlungen der 60er-Jahre und die finde ich tot und langweilig. Dass diese Form des Wohnens wieder überall in den Städten aufpoppt, finde ich komisch, denn es galt damals schon bald als gescheitertes Modell.

Wie siehst du die Zukunft von Städten, wenn sich nichts ändert?

NIELS: Ich glaube, wenn alles so weiter geht, dann hast du irgendwann innerstädtische Segregation und Zonierung. Alles ist durchkontrolliert und überwacht in Hochsicherheitszonen. Der Aspekt der Überwachung hat sich so ausgeweitet, dass er überall mit hinein spielen kann. Shoppingviertel zum Beispiel: Wenn du nichts kaufen willst, dann hast du dort auch nichts verloren, also raus mit dir. Lebendiger und freier werden Städte so sicher nicht.

»Diese Bauten von heute, die erinnern mich an die Großsiedlungen der 60er Jahre und die finde ich tot und langweilig. «

BESCHLUSS

{ 1 }

In der freien Stadt der Zukunft bestimmen die Menschen alle Angelegenheiten in Versammlungen und Räten selbst. Der Parlamentarismus ist Geschichte.

{ 2 }

In der freien Stadt der Zukunft ist unabhängig von der Herkunft jede/r willkommen, der/die in die Stadt ziehen will, und frei, das gute Leben im Austausch mit allen anderen zu verwirklichen. Aufenthaltsgenehmigungen sind Geschichte.

{ 3 }

In der freien Stadt der Zukunft ist aller Wohnraum vergesellschaftet und wird in der allgemeinen Selbstverwaltung gepflegt. Privateigentum an Grund und Boden ist Geschichte.

{ 4 }

In der freien Stadt der Zukunft stellen die Menschen die Dinge, die sie brauchen, in kollektiver Produktion selbst her; Überschüsse oder Spezialitäten tauschen sie mit anderen Städten aus. Der nachindustrielle Stadtkapitalismus ist Geschichte.

{ 5 }

In der freien Stadt der Zukunft haben alle unabhängig von Herkunft und Geschlecht dieselben Rechte, an der allgemeinen Selbstverwaltung und der kollektiven Produktion teilzunehmen. Parteien und Zünfte sind ebenso Geschichte wie die Benachteiligung des Alltags aufgrund von Herkunft und Geschlecht.

{ 6 }

Die freie Stadt der Zukunft gehört keiner Nation an.